Wir haben uns weiter stark dafür eingesetzt, daß die neu berufenen Professoren auf die positiv evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeiter zugehen und daß sie bei der Vorbereitung einer Habilitation, u. a. auch durch Unterstützung von Anträgen auf Habilitationsstipendien bei der DFG, helfen. Gleichzeitig haben wir erwartet, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter von sich aus den Kontakt zu den neuen Professoren suchen. Über den Stiffterverband ist es mir weiter gelungen, Mittel für sogenannte Orientierungsstipendien im Ausland für Nachwuchswissenschaftler der Humboldt-Universität oder der Akademie zu erhalten. Diese wurden von den historischen Auslandsinstituten in Rom, Paris, London und Washington und vor allem auch besonders großzügig vom St. Antony's College in Oxford, wo ja Lord Dahrendorf jetzt Warden ist, zur Verfügung gestellt. Diese Orientierungsstipendien sollten den jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, sich möglichst schnell mit dem internationalen Forschungsstand vertraut zu machen und Kontakte im Ausland zu knüpfen.

Enttäuscht waren wir, das muß ich sehr deutlich sagen, über den außerordentlich starken passiven Widerstand in der Universität gegen die Aufnahme von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften, die offenbar nicht, wie wir vielleicht naiv gehofft hatten, als Bereicherung, sofern sie gut waren, sondern vielfach als unliebsame Konkurrenten aufgefaßt wurden. Auch glaube ich, daß bei der Förderung der Habilitation von ostdeutschen Wissenschaftlern im Bereich der Geschichte sehr viel mehr hätte geschehen können als geschehen ist. Ich bedaure das außerordentlich, spreche immer wieder mit Kollegen und versuche, es zu korrigieren, aber natürlich nur mit sehr begrenztem Erfolg.

Insgesamt bin ich der Meinung, daß die grundlegende Erneuerung der ostdeutschen Universitäten notwendig war, um aus ihnen lebendige, international wettbewerbsfähige Stätten der Lehre und Forschung zu machen, und daß dieser Neuaufbau aus eigener Kraft, wie das faktische Scheitern aller Erneuerungsversuche bis zum Februar 1991 zeigt, nicht zu erreichen war. Bei der Erneuerung der Humboldt-Universität hat sich, auch das möchte ich betonen, die enge sachliche Zusammenarbeit von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten aus den alten und neuen Bundesländern, jedenfalls in der von mir geleiteten Kommission, außerordentlich gut bewährt. Ich kann mich nicht an eine einzige Entscheidung in diesen 1 1/2 Jahren erinnern – wir haben sicher etwa 22 bis 23 meist mehrtägige Sitzungen abgehalten –, an der gewissermaßen die Frontlinie bei Abstimmungen zwischen Mitgliedern aus dem Osten und dem Westen verlief. Ich glaube, unser Beispiel zeigt, daß auch in anderen Bereichen die so oft zitierte Mauer in den Köpfen zwischen Ost und West besser überwunden worden wäre, wenn man statt übereinander mehr miteinander gesprochen und noch besser miteinander gearbeitet hätte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Vielleicht ist mit den letzten Worten von Herrn Ritter ja schon ein Blick in die Zukunft eröffnet. Ich habe bisher fünf Wortmeldungen vorliegen: Herr Jacobsen, Herr Burrichter, Herr Huber, Herr Kowalczuk und Herr Braune. Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Zunächst möchte ich mich für die Kurzvorträge, die hier gehalten worden sind, bedanken. Die Herren haben eigentlich in überzeugender Weise dargelegt, daß dieses Thema, die Bildungssituation, im Hinblick auf das vereinigte Deutschland ungemein wichtig ist, und ich bedaure es außerordentlich – das darf ich hier ganz offen sagen –, daß wir für diese Thematik so wenig Zeit haben. Man hätte wahrscheinlich doch sinnvollerweise die Sache teilen und das Thema der Schulen morgen behandeln sollen. Ich glaube, es verdient, sehr viel intensiver hier diskutiert zu werden, als wir das in der Kürze der Zeit leisten können. Eine Frage, die ich jetzt am Schluß nach seinen Ausführungen an Herrn Ritter stellen möchte – ich hätte sie auch den beiden anderen Herren gestellt, aber Sie haben es konkretisiert: Mir ist immer noch nicht hinreichend deutlich geworden – und das bezieht sich vor allen Dingen auch auf die Gegenwart und auf die Zukunft –, wie man mit dem wissenschaftlichen Werk unserer Kollegen aus der ehemaligen DDR – nehmen wir die Geisteswissenschaften, nur von ihnen möchte ich sprechen – umgeht. Wir stehen vor der Schwierigkeit, daß immer wieder Anträge gestellt werden müssen bei Stiftungen, beim DAAD, bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft – ich habe dieses Dilemma in den letzten Jahren immer wieder gespürt –, und man dann fragt, wie bewerten wir denn die wissenschaftliche Leistung im Vergleich zu einem Habilitanden im Westen. Da muß man von vornherein erst einmal klar machen – bis 1989 gab es bestimmte uns allen bekannte politische Vorgaben, so daß das eigentlich gar nicht exakt vergleichbar ist. Ich spreche jetzt nicht von den Naturwissenschaften. Wie haben Sie, Herr Ritter, das gehandhabt, und was würden Sie uns empfehlen, wie mit solchen Arbeiten umzugehen sein wird und wie diese zu bewerten sind? Es ist von Herrn Mitter schon darauf hingewiesen worden – wo liegen eigentlich jetzt die großen Leistungen der Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern, was ist denn da nachzuweisen? Aber mich würde, Herr Ritter, eben interessieren, wie Sie zu welchem Ergebnis gekommen sind. Wir wissen, wie das im Westen geschieht, da wird jedes Buch sehr kritisch bewertet, und ein junger Habilitand oder ein junger Privatdozent wird ja primär deshalb berufen, weil er ein entsprechendes wissenschaftliches oeuvre vorlegt. Das ist in den neuen Bundesländern so nicht möglich gewesen. Können Sie das noch ein bisschen konkretisieren, wie Sie da verfahren sind? Sie haben gesagt, Sie haben alles gelesen. Dabei kommt natürlich doch vieles heraus. Können Sie das noch erläutern?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste ist Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Görtemaker hat in seinem Referat die zwölf Thesen des Wissenschaftsrats vom Januar 1990 zitiert, und diese Thesen waren ja als Orientierungsrahmen für die Evaluierung gedacht. Die sechste These besagte damals, daß der Aufbau einer gemeinsamen deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft dazu benutzt werden möge, den in der Bundesrepublik bis dahin laufenden Reformdiskurs weiter fortzusetzen und möglicherweise im Zuge dieses Prozesses bereits zu berücksichtigen. Jetzt haben wir aus eigener Erfahrung und in den Darstellungen von Herrn Neid-

hardt und Herrn Görtemaker festgestellt: dies ist nicht geschehen. Da wir aber eine Kommission sind, die auch weiterblickend arbeiten soll, ergibt sich die Frage: Was ist zu tun, um diesen Prozeß nun dann doch endlich in Gang zu bringen? Denn, wie ich feststelle – einige Äußerungen in dieser Richtung sind ja heute gekommen –, die Universitäten in unserem Lande sind wieder im Elfenbeinturm angekommen, und da bedarf es dringend einer Reformdiskussion grundsätzlicher Natur. Da die Universitäten offensichtlich diesen Prozeß der Selbsterneuerung nicht erreichen – müssen nicht politische Anstöße kommen, und kann nicht diese Kommission auch in dieser Richtung als Folgerung einer nicht im richtigen Sinne durchgeführten Fusion entsprechende Anstöße geben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Professor Huber.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich habe zwei Anmerkungen zu dem Referat von Herrn Görtemaker, die in dieselbe Richtung zielen, die Herr Burrichter gerade angesprochen hat. Das erste ist: Herr Görtemaker – mit Herrn Fickel glaube ich, daß bei der Zahl von 10 Prozent berücksichtigt werden muß, daß an den anderen Universitäten überwiegend Abwicklungen stattgefunden haben – die Humboldt-Universität mal ausgenommen. Dann wird die Zahl natürlich erheblich höher. Das zweite ist – der Prozeß des Vorantastens, den Sie im Hinblick auf die Evaluierung in Potsdam geschildert haben, trifft natürlich nicht die Lage in den anderen neuen Ländern, in denen man Gesetze und Rechtsverordnungen besaß – Herr Fickel hat das für Thüringen bestätigt – und damit einen klaren Rahmen für die Evaluierung. Schließlich eine Frage an alle Referenten: Gibt es aus Ihrer Sicht konkrete Probleme aus dem Vereinigungsprozeß, die noch nicht abgeschlossen sind und wo sich für die Zukunft, jenseits der allgemeinen Reformdiskussion im Hochschulbereich, ein besonderer Handlungsbedarf abzeichnen könnte?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste auf meiner Liste ist Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: In mehreren Diskussionsbeiträgen ist schon die Rehabilitierungsproblematik angesprochen worden, und an einer Stelle wurde Frau Dürkop, ohne daß sie namentlich genannt wurde, die Präsidentin der Humboldt-Universität, sinngemäß zitiert, daß der Prozeß der Rehabilitierung als sehr unzureichend und gar als höchst beschämend zu betrachten ist. Gerade im Anschluß an das Statement von Herrn Mitter stellt sich mir die Frage – ich möchte sie vor allem an Herrn Mitter, aber auch an Herrn Ritter richten –: Wie kann man nun tatsächlich heute mit dieser Geschichte umgehen, letztendlich auch mit diesen Traditionen, die sich teilweise aus der Universitätsgeschichte der DDR ergeben, wenn man an Opposition und Widerstand denkt, den es durchaus in diesen vier Jahrzehnten gab? Wie können wir mit dem Erbe umgehen gerade angesichts der Tatsache, daß die Rehabilitationspraxis ja erledigt ist? Wir können 1996 konstatieren, daß auf einer materiellen Ebene wahrscheinlich gar keine Rehabilitierungen mehr durchführbar sind. Ich möchte diese Frage unterfüttern mit einem empirischen Beispiel, was westliche Bor-

niertheit, ich möchte fast sagen westliche Dummheit, und östliches Abwehrverhalten gleichermaßen symbolisiert. Mir ist dieses Beispiel wichtig, es einer etwas größeren Öffentlichkeit vorzustellen, deswegen hoffe ich auch, daß ich das mal schnell vorlesen kann. Vor etwa drei Jahren hat ein finnischer Kollege an die Humboldt-Universität den Antrag gerichtet, im Universitätsarchiv arbeiten zu dürfen, um eine Dissertation über die Rezeption der DDR-Germanistik in Finnland zwischen 1973 – das ist das Jahr der Anerkennung der DDR durch Finnland – und 1990 schreiben zu können. Es gab einen längeren Schriftwechsel von drei Jahren, und jetzt hat der 1. Vizepräsident der Humboldt-Universität (das ist ein Rechtswissenschaftler aus der Bundesrepublik) am 5. Februar 1996 diesen Antrag endgültig abschlägig beschieden – und jetzt zitiere ich – mit der Begründung:

„Es ist unbestreitbar, daß Ihr Antrag auf Archivnutzung schutzwürdige Belange zahlreicher Betroffener erheblich berührt. Das gilt jedenfalls für alle persönlichen Berichte über Vortragsreisen, Delegationsberichte, Berichte der von der HU (Sektion Germanistik) nach Finnland entsandten Deutsch-Lektoren, Vorlagen für das Sekretariat der SED-Kreisleitung, Berichte über Sommerkurse für Ausländer, den Schriftverkehr des 'Direktorates für internationale Beziehungen der HU (DIB)' und des 'Direktorates für Kader und Qualifizierung der HU' mit dem Direktor der Sektion Germanistik und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, ferner für die Monatsberichte und Kurzinformationen der FDJ-Grundorganisationsleitung der Sektion Germanistik an die FDJ-Kreisleitung zur politisch-ideologischen Situation an der Sektion und die Berichte der SED-Grundorganisationsleitung der Sektion Germanistik (HUB) an die SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität. Dieser gesamte Schriftverkehr läßt unmittelbare Rückschlüsse über politische Verstrickungen zahlreicher Mitarbeiter der damaligen Sektion Germanistik zu, er enthält damit ausgesprochen sensible Personendaten.

Es versteht sich damit, daß das 'öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens' einer besonderen Begründung bedarf. Dieses öffentliche Interesse ist keineswegs schon dargetan mit dem Hinweis auf den verfassungsrechtlichen Rang, der jeder wissenschaftlichen Forschung um ihrer selbst willen zukommt. Auch das dringende Interesse der HUB an der Aufarbeitung ihrer Geschichte kann nicht schon für sich in Anspruch nehmen, daß es das schutzwürdige Interesse der Betroffenen generell erheblich überwiegt; andernfalls würden die Persönlichkeitsrechte zahlreicher Hochschulmitglieder der damaligen Zeit weitgehend leerlaufen. Einem Antrag auf Archivnutzung wäre demnach nur dann stattzugeben, wenn die Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung ein konkretes öffentliches Interesse derart befördern würde, daß die beträchtlichen schutzwürdigen Belange einzelner Personen zwingend zurücktreten müßten.“

Ich glaube, das spricht auch für den gegenwärtigen Erneuerungsstand der ostdeutschen Universitäten. (Beifall unter den Zuhörern).

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Manchmal ist es ja schade, daß Gesprächsleiter nicht kommentieren dürfen. Herr Braune.

Abg. Tilo Braune (SPD): Auch so ein starkes Stück von Vergangenheitsbewältigung der Humboldt-Universität – das werde ich wohl sagen dürfen.

Drei Fragen – die ersten beiden an Herrn Beintker, der ja aus der Sicht des Betroffenen von Anfang an dabei gewesen sein dürfte. Vielerorts war an ostdeutschen Hochschulen die Klage zu hören, daß bei der fachlichen Evaluation die alt-bundesdeutschen Evaluatoren doch recht häufig zu Fehleinschätzungen kamen und sich der Eindruck breit machte, daß diese Fehleinschätzungen nicht unbedingt nur einer Unkenntnis der ostdeutschen Situation, z. B. der Unkenntnis darüber, wie die Veröffentlichungspraxis in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften war, geschuldet war, sondern daß sie zum Teil auch einem bewußten Freischuß von Lehrstühlen zum Abbau des Berufungsstaus-West – sage ich mal verkürzt – gedient haben könnten. Vielleicht dazu Ihr Eindruck und Ihre Kenntnis.

Das zweite Thema „Verschulung ostdeutscher Universitäten“: Ostdeutsche Hochschullehrer loben ja immer den Abschluß des Studiums in der sogenannten Regelstudienzeit zu DDR-Zeiten. Mittlerweise bröckelt dieser Zustand jetzt weitgehend. Die Regelstudienzeiten werden auch in ostdeutschen Hochschulen zunehmend überschritten, dies angesichts der weit verbreiteten Klage wegen überlanger Studienzeiten. Frage: Ist bei der Hochschulerneuerung ein eventuell bestehender Vorteil ostdeutscher Hochschulen zur Einhaltung der Regelstudienzeiten – sicherlich auch ein Stück der Verschulung geschuldet – verspielt worden?

Dritte und letzte Frage zum Wissenschaftler-Integrations-Programm: Zunächst die Bemerkung, daß ich die nur sehr pauschal erscheinende Beurteilung Herrn Mitters nicht teile. Ich habe mich sehr intensiv mit WIP-ianern unterhalten und finde es schon fast verunglimpfend, wie hier über fast 2.000 mehrfach evaluierte Wissenschaftler gesprochen wird. (Beifall unter den Zuhörern) Dennoch teile ich die Einschätzung, die Herr Neidhardt geboten hat, daß das Wissenschaftler-Integrations-Programm von seiner Struktur her offensichtlich nicht zum Erfolg führen konnte, denn allen, die das ostdeutsche Wissenschaftssystem kannten, war klar, daß es bei dem Abbaubedarf an den ostdeutschen Universitäten kaum einen Bedarf an etwa 2.000 Wissenschaftlern aus den Akademien, die dort unterzubringen gewesen wären, gegeben hat. Dennoch haben diese WIP-ianer – so nenne ich sie mal verkürzt – durchaus wissenschaftliche Leistungen erbracht, die sicher sehr unterschiedlich zu beurteilen sind, aber weitgehend doch interessante Leistungen waren. Ich denke, wenn man sich hier nur zu sehr auf seinen persönlichen Erfahrungskreis bei der Beurteilung beruft, dann tritt man doch etwas zu kurz. Die Frage ist, wie geht man mit den WIP-ianern in Zukunft um. Eine Fortsetzung eines als falsch erkannten Programms ist sicher nicht der sinnvolle Weg. Dennoch denke ich, haben die WIP-ianer gerade im Bereich der Lehre und nicht nur der Forschung

auch hilfreich an den Universitäten gewirkt. Die Frage: Wie geht es mit dem Personenkreis weiter? Ist man im Podium der Meinung, daß ein angemessenes, neu aufgelegtes Hochschulsonderprogramm einen Weg weisen könnte, um die weiterhin bestehenden Defizite an ostdeutschen Hochschulen, z. B. mit Teilen des WIP-Personals, kompensieren zu können?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich habe hier auf der Rednerliste noch Herrn Poppe, Herrn Gutzeit, Herrn Elm und Herrn Mocek stehen, dann möchte ich die Rednerliste schließen. Ich möchte aber, bevor ich die nächsten Redner aufrufe, Herrn Neidhardt Gelegenheit geben, auf die bereits gestellten Fragen zu reagieren, da er uns um 15.30 Uhr verläßt, um seinen Lehrverpflichtungen nachzukommen. Ich bitte also um Einverständnis, daß wir hier einen Einschub machen. Herr Neidhardt, bitte.

Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt: Zwei Bemerkungen: Zum einen – Herr Görtemaker, Sie sagten, Potsdam sei paradigmatisch. Da möchte ich doch einige Zweifel anmelden. Natürlich ist jede Hochschule ein Fall für sich, aber mein Eindruck ist, daß Potsdam einen besonders abweichenden Fall darstellt. Das belegt ja auch Ihre Bemerkung über den Mittelbau. Ich kenne keine Universität, in der es ähnlich gelaufen ist. Was nun Zahlen anbetrifft, scheint mir wichtig, ernst zu nehmen, wovon auch Herr Fickel gesprochen hat. Es gibt eine große Dunkelziffer, die in den ersten Monaten und Jahren dadurch entstanden ist, daß ein stiller Ausmarsch aus den Institutionen erfolgte. Man kann ihn schlecht beziffern, aber er ist ausgesprochen stark. Man kann vermuten, daß uns, die wir als Evaluatoren in der einen oder anderen Weise tätig geworden sind, sicherlich mancher Fall dadurch erspart worden ist, daß der Betroffene von sich aus das Weite gesucht hat.

Eine zweite Bemerkung nimmt die Frage nach dem WIP auf und bezieht sich dann auch auf Bemerkungen von Herrn Mitter. Herr Mitter, es mag zu 90 Prozent stimmen, was Sie sagen – über Gesellschaftswissenschaften im allgemeinen, über den Mittelbau im allgemeinen und dann auch über die WIP-ianer im allgemeinen. Aber die 10 Prozent, für die es nicht stimmt, machen Ihre Rhetorik ungut pauschal. Es ist immer wieder wichtig, zu differenzieren und dann auch zu fragen: Wo finde ich in einer Menge von Fällen die mehr oder weniger große Untermenge, die gefördert werden sollte? Auch im vorliegenden Fall kann es nicht darum gehen, pauschal eine Verlängerung für 1.500 WIP-ianer zu beantragen, wohl aber darum, doch gezielt zu versuchen, erkennbar leistungsstarken Personen und Gruppen spezielle Förderungen bereitzustellen. Deren Chancen sind angesichts der finanzpolitisch so bedrängten Situation und der Abwehrhaltungen der Universitäten ohne spezielle Förderung unverdient schlecht.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank, Herr Neidhardt. Herr Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich halte es für eine sehr schwierige und problematische Angelegenheit, daß, wie eingangs in den beiden Vorträgen gesagt wurde, die sogenannte moralische Begutachtung überwiegend durch Ostdeutsche, die fachliche Begutachtung überwiegend durch Westdeutsche vorgenommen worden ist. Es wäre ratsam gewesen, daß beides über eine vernünftige Mischung vorgenommen worden wäre. Ich stelle vor allen Dingen jetzt die Frage zur fachlichen Bewertung, wie diese im einzelnen gelaufen ist. Herr Professor Ritter, Sie haben gesagt, Sie haben soundsoviel tausend Seiten gelesen; ich glaube nicht, daß das der Normalfall ist, daß also diejenigen, die in den Kommissionen gesessen haben, die vielen tausend Seiten gelesen haben. Da muß man nun auch überlegen, wer sie geschrieben hat – ich weiß nicht, ob das in jedem Falle klar ist. Aus meiner eigenen Vergangenheit – ich bin etwa 1976 in der DDR als Naturwissenschaftler abgewickelt worden, und ich kenne eine Menge von Leuten, denen das vorher und nachher so geschah: Ich kenne Privilegierte, die ausschließlich deshalb in die Wissenschaft an hervorragende Stellen oder als Direktoren in die neuen Sektionen nach der Hochschulreform usw. gekommen sind, weil sie entsprechende Parteikarriere gemacht haben. Dann haben sie eine Vielzahl von Veröffentlichungen, aber das hält keiner Überprüfung stand, was an Veröffentlichungen da manchmal aufgeführt wird, wo oft zwei oder drei Namen drunterstehen, denn man mußte ja denjenigen, der die Arbeit wirklich geschrieben hat, auch wenigstens mit erwähnen. Sie haben auch die meisten Reisen gemacht, das machen sie zum Teil bis heute. Es genügt, sich mal anzusehen, wer mehrheitlich heute etwa in die USA zu den Tagungen der amerikanischen DDR-Forscher fährt und wie sich diejenigen dann dort darstellen. (Beifall und Heiterkeit im Publikum) Das ist ein Problem bis heute, und deshalb frage ich Sie nochmal: Wie haben Sie – nicht nur Sie, Herr Ritter, denn es ist ja sehr unterschiedlich gelaufen – denn nun wirklich diese fachliche Qualifikation überprüft, und wie haben Sie vor allen Dingen diejenigen, die keine Chancen gehabt haben, überprüft, die früher Benachteiligten? Haben Sie die Sachen aus den Schubladen wirklich bekommen, wo sie seit zehn Jahren geschmort haben? Oder sind das Leute, die zum großen Teil resigniert haben und wissen, daß sie nach so langem Ausstieg aus ihrem Fach überhaupt keine Chance mehr haben, sich zu bewerben? Deshalb schließlich die Frage nach den Kriterien. Sind es nicht doch die falschen Kriterien, die aus dem normalen westlichen Wissenschaftsbetrieb übernommen wurden, also die Frage nach den Veröffentlichungen, dem wissenschaftlichen Renommee, das sich ja immer auch mit der jeweiligen gesellschaftlichen Stellung verband? Ich gebe Ihnen recht, daß nicht die Marx-Zitate das Problem sind. Aber es gibt auch andere Arbeiten. Wenn ich mal so eine Dissertation nehme von der MfS-Hochschule – da sind sieben Doktoren aus einer einzigen Arbeit herausgekommen, die sich mit der politischen Untergrundtätigkeit und politisch-ideologischen Diversion beschäftigt hat, auf 60 Seiten mindestens 300 Mielke-Zitate. Diese Leute sind abgetaucht, ihre Arbeiten, wie Herr Mitter sagte, zum Teil verschwunden. (Unruhe im Publikum) Ich frage mich: Woher wissen Sie, ob Sie die nicht doch zum Teil beschäftigen? Die Frage der Seil-

schaften, die sich damit verbindet, und die Frage nach der Qualifikation hätte ich gern nochmals von verschiedenen Seiten erörtert.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Gutzeit, bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Meine Fragen richten sich an Herrn Görtemaker. Es geht mir um eine Präzisierung zum Thema der politischen Belastung. Sie sprachen von etwa 24 Kündigungen. Mir wäre der Bezug auf die jeweilige Gruppe der Betroffenen wichtig. Waren das die Professoren? Wieviele waren das? War das nur die politische Belastung, ist MfS-Belastung dabei? Zweitens wäre mir noch einmal wichtig zu wissen, was die Kriterien bei der Überprüfung auf MfS-Tätigkeit waren. Was waren die Unzumutbarkeitsgründe, die eine Rolle spielten? Um nochmals auf Ihre Zahlen zu kommen: Sie sagten, bei rund 1.200 Beschäftigten gab es 24 Kündigungen. Wieviele Positivbescheide der Gauck-Behörde gab es? Ich gehe nicht davon aus, daß es nur 24 waren, es waren gewiß mehr.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der letzte Frager ist Herr Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Herr Görtemaker, es müßte doch in den durchmischten Instituten, von denen Sie sprachen, dieses von Herrn Burrichter genannte „neue Feuer“ geben. Gibt es Zeichen in dieser Richtung? Oder ist das, was Herr Benndorf hier in diesem schlimmen Bild zeichnete, typisch?

Als zweite Frage: Abgewickelte Sektionen sind ja nicht evaluiert worden, wobei ich jetzt nicht nur die ML-Sektionen meine. Wie ist hier eigentlich, wenn Sie als Prorektor ein Wort dazu sagen können, die Rechtslage bei Bewerbungen von jungen Mitarbeitern, die dort ohne Evaluierung abgewickelt worden sind?

Ein Fall dann noch zu diesem vieldiskutierten WIP-Problem: Ich habe als Beiratsmitglied einen Bericht einsehen können, wo 15 Wissenschaftler jetzt noch einmal neu bewertet wurden; darunter war nur ein Fall negativ bewertet. Dies sei angemerkt, weil Herr Mitter sich dazu vorhin in einem anderen Sinne äußerte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich bitte jetzt wieder in der alphabetischen Reihenfolge die hier auf dem Podium Sitzenden, möglichst direkt auf das zu reagieren, auf was sie angesprochen worden sind. Wir beginnen mit Professor Beintker.

Prof. Dr. Michael Beintker: Die Bewertung der Vergangenheit im Blick auf Personen und Kader ist offensichtlich an den einzelnen Hochschulen, das muß man noch einmal sagen, ganz unterschiedlich gelaufen. Ich könnte auch Geschichten von Berlin berichten, wo ich mich wundere, daß die Präsidentin solche Äußerungen in der Öffentlichkeit macht. Das muß ich ausdrücklich sagen. Ich habe da Briefe von ihr empfangen, nachdem ich mich für jemanden eingesetzt hatte, der in den siebziger Jahren durch eine schlechte ML-Prüfung

kein Forschungsstipendium bekam, und die Professorin, die dafür verantwortlich gewesen ist, war inzwischen wieder berufen worden, und Frau Dürkop fand das auch gar nicht peinlich. Es war also unterschiedlich. In Halle habe ich immer den Eindruck gehabt, daß selbst Gorbatschow und Jelzin nach den Kriterien, die wir dort angewandt haben, natürlich durch die Personalkommission gefallen wären.

Bei der wissenschaftlichen Prüfung habe ich die Rolle der altbundesdeutschen Professorenschaft als außerordentlich fair empfunden. Wir mußten öfters den Pressemeinungen entgegentreten, sie wären die neuen Seilschaften, die die verhinderten Privatdozenten des Westens jetzt hier unterbringen; das war so ein Bild, das in der Öffentlichkeit aus ganz bestimmten Richtungen verbreitet wurde. Ich kann das überhaupt nicht bestätigen, und ich möchte dem auch sehr energisch widersprechen. Es gab problematische Geschichten, die man später unter der Rubrik „Anekdoten“ ablegen kann und die hier nicht interessieren müssen, aber in der Regel war es ein außerordentlich faires, kritisches und deutliches Verfahren. Bei den außerordentlichen Berufungskommissionen, die in Halle gearbeitet haben, wurde zunächst immer versucht, daß die Ostdeutschen, die sich ja alle auf die Stellen bewerben konnten, in erster Linie überprüft und gemustert wurden. 25 Prozent der Professorenstellen durften in Halle, so war die Regelung in Sachsen-Anhalt, im ersten Anlaufverfahren durch Hausberufungen besetzt werden. Das war in einzelnen Fächern schwierig. Also es war nicht so, daß man jetzt hätte Schul-Lobbys etablieren können. Das Problem war ein anderes. Wir haben erlebt, wenn wir wirklich einmal versucht haben, beim Aufbau von Fächern und Studiengängen etwas Eigenes zu entwickeln, daß dann die Verbandslobbys aus dem Westen im Ministerium angerufen und sinngemäß gesagt haben: „Sorgt mal dafür, daß das jetzt nicht unsere ganze Verbandsarbeit stört, wenn die jetzt etwas Eigenes machen wollen.“

So etwas könnte ich verifizieren. Das war die westliche Angst vor Veränderungen, die sich an verschiedenen Stellen manifestieren konnte. Aber das ist nun einmal menschlich, wir müssen nach vorne denken, und wir werden vielleicht auch noch etwas ändern können.

Im Blick auf die Regelstudienzeiten muß gesagt werden, daß die Verschulung, die wir in der DDR hatten, keine Lösung darstellt. Ich erlebte ja nun zwei Systeme ziemlich parallel, und zwar aus der ost-westlichen Perspektive, die nicht so ganz selbstverständlich ist. Ich würde sagen, daß einer der Hauptfaktoren für die überdurchschnittlichen Studienzeiten der Massenbetrieb und die mangelnde Zielorientierung der Studierenden ist, also gar nicht unbedingt das strukturelle Problem. Wenn man Reformüberlegungen anstellt, müßte man im Grunde genommen auf ein Splitting der Ausbildung – stärker verschulen in der einen Richtung und stärker fordern in der anderen – kommen, wenn die Universitäten weiter als Volkshochschulen deklariert sind. Ich bitte um Nachsicht, aber es ist ja so, daß durch die Öffnung nach allen Seiten, und das ist im We-

sten wie im Osten nicht anders, die Universitäten ein bißchen doch diesen Charakter haben – nehmen Sie mir das also nicht übel.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke. Der nächste in der Runde ist Herr Dr. Benndorf.

Dr. Rainer Benndorf: Bezüglich der angesprochenen Probleme kann ich nur etwas zur Evaluierung beitragen. Ich habe die Evaluierung so erlebt: Es kam ein Wissenschaftler für ungefähr 15 Minuten in unsere Arbeitsgruppe. Wir hatten den Eindruck, daß es ein angenehmes Gespräch war, und wir dachten auch, daß wir das vermitteln konnten, was wir wollten; ich glaube, das war soweit in Ordnung. Allerdings scheint es eine Differenz zwischen der Meinung des evaluierenden Wissenschaftlers und den abgefaßten Berichten gegeben zu haben, ich weiß nicht, wie das zustande gekommen ist. Ich denke aber, im großen und ganzen war die Evaluierung ein faires Verfahren, wenn es auch eine Reihe Ausrutscher dabei gab, was im nachhinein belegbar ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Dankeschön. Herr Dr. Fickel, bitte.

Dr. Ulrich Fickel: Nur eine kurze Bemerkung zum Stichwort „Regelstudienzeit“: Ich glaube, Regelstudienzeit-Einhaltung oder -Nichteinhaltung beginnt im Kopfe, im Kopf der Studenten und im Kopf derer, die dafür die Verantwortung tragen, nämlich der Hochschullehrer. Ich würde mir wünschen, daß man dort und nicht an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ansetzt. Man „will fertig werden“ – das halte ich für ganz entscheidend. Da muß ich nicht erst mehrere Jahre irgendetwas suchen. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, daß ein Lehrling mit 16 Jahren seine Lebensentscheidung treffen muß, und einem Studiosus gibt man das Recht, über Jahre zu suchen, bis er sich dann entscheidet, wo er hinkommt. Eine letzte Bemerkung dazu: Wie will ein Ingenieur, der dann als fertiger Ingenieur in der Industrie arbeitet, schlagartig Aufgaben mit vorgegebenem Rahmen in vorgegebener Zeit lösen, wenn er das als Student immer still und leise vor sich herschieben konnte? Deshalb meine ich, das beginnt zuerst im Kopf.

Aber das hat eigentlich nichts mit unserem Grundproblem zu tun. Herr Poppe, Sie haben das Stichwort „Rehabilitierung“ angesprochen. Ich muß Ihnen leider zustimmen, daß das ein Problem ist, das wir nicht haben so lösen können, wie wir es gern hatten lösen wollen. Die Berufungskommissionen haben bei uns den ausdrücklichen Auftrag bekommen zu überprüfen, welche habilitierten Oberassistenten z. B. bisher keine Chance bekamen für eine Berufung. Ich erinnere daran, daß man bis 1988 – bis zu diesem Jahr ist mir das bekannt – erklären mußte, daß man keine Kontakte zu Bürgern in der Bundesrepublik hat, wenn man überhaupt eine Berufungschance in der DDR haben wollte. Ich wurde das letzte Mal 1988 dazu gefragt, und da habe ich gesagt, ich habe welche, ich breche sie nicht ab – “dann können wir Ihnen nicht helfen“. Ende oder Mitte 1988 wurde mir gesagt: „Wir brauchen die Frage nicht mehr zu stellen.“ Dann wurde ich außerordentlicher Dozent – das sind die berühmten

Stabsfeldwebel. Alle kennen das: wenn man mehrere Jahre habilitiert war, bekam man das. Diesen Leuten aber sollte man helfen können, und das war außerordentlich schwierig, da stimme ich Ihnen zu. Und es gibt ein juristisches Problem, das müssen wir an dieser Stelle sagen. Das deutsche Rechtssystem war nicht dazu geschaffen, in einer geordneten, rechtlich sauberen, moralisch anspruchsvollen und gerechtfertigten Form die Defizite in den Hochschulen im Osten Deutschlands zu beseitigen. Es gibt einen relativ umfangreichen Artikel in einem montags erscheinenden Nachrichtenmagazin – nicht in Hamburg –, in dem man festgestellt hat, wieviele Rückklagen es gegeben hat und wievielen Klagen stattgegeben wurde. An dieser Stelle muß ich sagen: ein Glück, daß die Kommissionen und manchmal die Ministerien etwas freizügig entschieden und die Bedenkenräger der rechtlichen Seite nicht in jedem Fall beachtet haben. Ich weiß, was ich jetzt sage, ist eine ganz problematische Aussage: Sonst wäre noch weniger gelungen als uns gelungen ist. Es war nämlich rechtlich ein außerordentlich schwieriges Problem, z. B. in der Mathematik einen Ordentlichen Professor nicht wieder auf C 4 zu berufen, sondern ihm eine C 3 zuzuschreiben und einem ehemaligen Oberassistenten die C 4 zu geben. Das ist nach dem Recht außerordentlich problematisch, da müssen schon handfeste Gründe vorliegen. Das, Herr Poppe, ist eigentlich das große Problem. Man hätte die Zeit haben müssen, die rechtlichen Rahmenbedingungen gründlicher und sauberer zu klären. Ich hätte mir das jedenfalls gewünscht, weil man manchmal auch Entscheidungen getroffen hat, von denen man sich im nachhinein fragt, ob das wirklich vor der Geschichte besteht. Es ist ein Unterschied, ob man politische Verantwortung trägt oder in einer Kommission ist, ich bitte um Nachsicht, wenn ich das so sage. Das halte ich für ein Defizit, aber das ist nur zu beklagen, wir können es nicht mehr ändern. Nur auf Ihre Frage: Versuche wurden sicher unternommen, aber es ist dabei zu wenig durchsetzbar gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Professor Görtemaker, bitte.

Prof. Dr. Manfred Görtemaker: Ich möchte zunächst auf diese etwas dubiosen 10 Prozent, die ich genannt hatte, eingehen. Dabei handelt es sich natürlich nur um diejenigen, die entlassen worden sind, nachdem viele andere mehr oder weniger stillschweigend frühzeitig gegangen waren. Hinzu kommt noch ein Potsdamer Sonderproblem, auf das ich nochmals hinweisen möchte, obwohl ich es vorhin schon genannt habe. Das Paradigmatische, nebenbei gesagt, bezog sich natürlich darauf, daß es in Potsdam ähnlich chaotisch war wie an vielen anderen Universitäten, weil wir ohne klare Vorgaben arbeiten mußten. In Potsdam gibt es aber auch einen Punkt, der dort zu einer Sondersituation führt, und das hängt natürlich mit der politischen Situation im Lande zusammen. Brandenburg ist ein anderes Territorium als Sachsen oder Thüringen, das haben wir auch bei der Evaluierung und Hochschulerneuerung sehr deutlich erfahren müssen, wobei der Wissenschaftsminister der F.D.P. angehörte und aus Baden-Württemberg stammte und der für die Universitäten zuständige Abteilungsleiter der SPD angehörte und aus Nordrhein-Westfalen kam. Das ist

also keine Frage der Parteizugehörigkeit und auch keine Frage der landsmannschaftlichen Herkunft. Wir haben in Brandenburg insofern eine Sondersituation – und das würde ich nach mehreren Jahren der Erfahrung dort für sehr positiv halten –, daß wir nicht wie in anderen Ländern sozusagen mit dem Rasenmäher durchgegangen sind, sondern versucht haben, jeden Einzelfall zu prüfen, wobei die erste Phase, weil besonders unsicher, besonders schwierig war. Hier kommt ein besonderes Verdienst dem damaligen Rektor zu, dem es gelungen ist, in vielen Einzelgesprächen viele Leute zum Gehen zu bewegen. Das war sehr erfolgreich, und wir haben sehr wenig Rückklagen. Ich glaube, diese Dinge sehen in Thüringen anders aus, wo man sehr viel mehr entlassen, aber auch mehr Prozesse bekommen hat. Das haben wir in Brandenburg nicht, und das ist natürlich wichtig. Was zählt, ist letztlich das Ergebnis: die Einzelfallprüfung ist schwieriger, umständlicher, langwieriger, aber vielleicht am Ende auch erfolgreicher.

Ich gehe dann auf das ein, was Herr Mitter sagte. Ihre Radikalität ist mir durchaus verständlich, aber man muß sich doch fragen, ob man da nicht neues Unrecht schafft. Auch da versuchen wir, einen etwas anderen Weg zu gehen und den Einzelfall zu prüfen, im Einzelfall auch Verständnis zu zeigen. Ich denke hier besonders an die WIP-ianer. Von den 1.500, die in diesem Programm waren, sind allein 200 in Potsdam gelandet. Ich muß Ihnen leider zustimmen, daß nur sehr wenige von ihnen wirklich in Dauerbeschäftigungen gelandet sind, nur etwa zehn. Aber, und da taucht die Frage eines Sonderprogramms auf, hier herrscht offensichtlich ein besonderes mentales Problem. Ich weiß eben auch aus eigener Erfahrung, daß wirklich einige WIP-ianer versucht haben, sich zu bewerben. Sie hatten in der Regel auch eine sehr gute Chance und sind auf Listen gelandet oder in Stellen gekommen. Die weitaus meisten haben sich aber gar nicht erst beworben, und das ist für mich ein ganz besonderes Phänomen gewesen, das es für mich sehr schwierig macht, hier über neue Sonderprogramme nachzudenken. Ich weiß nicht, woran es liegt, ich kann es nur auf mentale Probleme zurückführen.

Zu Herrn Poppe – Sie fragten nach den Golmer Dissertationen. Das war eine sogenannte Juristische Hochschule, da haben sich in der Tat sechs oder acht Namen unter einer Dissertation wiedergefunden. Ich fürchte, die meisten von ihnen, wenn sie nicht ohnehin aus Altersgründen in Pension sind, praktizieren inzwischen als Rechtsanwälte. Ich glaube, darunter sind sehr wenige, die dann an Universitäten gelandet sind, wenn es überhaupt einen Fall gibt. Insofern kann ich Sie teils beruhigen, teils fürchte ich, daß sie noch weiter wirken werden. Dies nur zur Richtigstellung.

Damit kommen wir zum nächsten Punkt, der für mich viel wichtiger ist, und da kann ich unmittelbar anschließen an das, was Herr Ritter sagte. Für mich ist die Neuorientierung und das Schauen nach vorne ganz zentral. Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung der SED-Geschichte sind sicherlich wichtig, aber wenn man eine Universität aufbauen will, kommt man nicht umhin, Strukturen

zu schaffen, die für die Zukunft tragfähig sind. Hier kann ich direkt anknüpfen an das, was Sie fragten. Ich sehe durchaus, daß es nicht nur ein Übertragen bundesdeutscher Modelle auf die neuen Länder gibt. Genauso wie an der Humboldt-Universität versucht worden ist, im Fachbereich Geschichte etwas Neues zu schaffen, was auch sehr erfolgreich war, genauso haben wir in Potsdam – und das ist sicher auch in Dresden, Greifswald oder anderswo der Fall – versucht, wirklich Neues auszuprobieren. Dazu gehört z. B. die Verkürzung der Studienzeiten, dazu gehört z. B. die interdisziplinäre Ausbildung, die in den fachbereichsgespaltenen Universitäten häufig zu kurz kommt, und dazu gehört vor allen Dingen die Einführung völlig neuer organisatorischer Strukturen, wie in Potsdam beispielsweise die Errichtung von Zentren, in denen Fellows sehr kurzfristig tätig sind, Projektarbeit für einige Jahre leisten und dann zur nächsten Position gehen oder wieder zurückgehen an ihre Heimatuniversität im Ausland oder wo sie immer gerade herkommen. Wir versuchen schon, neue Wege zu gehen, und wir denken, daß wir vor allem durch die Mischung von kürzeren Studienzeiten, Interdisziplinarität und kurzfristigen Projekten in forschungsorientierten Zentren doch ein sehr attraktives Angebot machen können und damit ein sehr gutes Stück Innovation haben. Für mich, das will ich abschließend noch hinzufügen, war diese in die Zukunft gerichtete konstruktive Arbeit immer wichtiger als das nach hinten gerichtete Aufarbeiten der Vergangenheit, denn ich glaube, wir haben als Universitätssystem, ob das in Potsdam ist oder in Berlin oder anderswo, nur dann hier im Osten eine Chance, wenn wir wirklich darangehen, nach vorne zu schauen und uns nicht immer mit der Vergangenheit und der eigenen Nabelschau beschäftigen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Mitter bitte.

Dr. Armin Mitter: Ehe Sie mir in populistischer Art und Weise hier Verunglimpfung vorwerfen – und Sie haben ja positive Reaktionen erfahren –, müssen Sie schon genau zuhören, was ich gesagt habe. Ich habe nicht das WIP/HEP-Programm, sozusagen die „WIP/HEP-ler“ verunglimpft, sondern ich habe dieses Programm kritisiert, was wesentlich früher eine Differenzierung hätte bringen können. Und nun stellen Sie sich populistisch hin, wo die Kassen leer sind, und verlangen, jetzt müßten neue Programme gemacht werden! Dann müssen Sie konkret sagen, wo Sie das Geld dafür hernehmen wollen. Für diese 10 Prozent, die hier völlig richtig genannt worden sind, für die – ich habe es ausdrücklich betont – muß Einzelfallprüfung stattfinden. Aber dann, bitte schön, bevor man so etwas hier populistisch verkündet, soll man klipp und klar sagen, von dort und dort wird das Geld herkommen. Und der Punkt ist eben, diese 4.000 Leute jenseits jeder Differenzierung werden, wie gesagt, ab September nicht mehr beschäftigt werden, und dann wird das, was hier gesagt worden ist, auch vergessen sein, und dann wird möglicherweise dieses Unpopulistische, was ich hier von mir gegeben habe, eintreffen, und zwar, daß das Geld umsonst herausgeworfen worden ist, weil diese Differenzierung innerhalb dieses WIP/HEP-Programms viel zu spät eingesetzt hat. Das und nur das habe

ich hier gesagt, und Sie können es gern im Protokoll nachlesen; ich überlege mir schon, ob und wann und was ich sage.

Ich möchte noch etwas sagen zu dem von Herrn Jacobsen aufgeworfenen Problem, und zwar zur Beurteilung der Leistung. Ich glaube, da muß man zwei Kriterien berücksichtigen. Erstens – jeder, der einigermaßen selbst im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, im historischen Bereich gearbeitet hat, hat sich eindeutig vor und nach 1989, wenn er sich überhaupt orientiert hat, an wissenschaftlicher Leistung und nicht an Karrieresträngen, am Westen orientiert. Es ist völlig richtig, was Herr Florath hier gesagt hat – wir waren im Prinzip an den wissenschaftlichen Einrichtungen in einer ausgesprochen privilegierten Situation. Bloß waren die Privilegierten rein intellektuell oft nicht in der Lage, diese Privilegierung auch wahrzunehmen. Das heißt also, es gab eine Unmasse an westlichen Publikationen in den einzelnen Institutionen; Sie konnten sich relativ schnell über den internationalen Forschungsstand orientieren. Nur die wenigsten haben das getan, und die wenigsten haben im Rahmen der Möglichkeiten versucht, das auch umzusetzen. Prinzipiell muß ein Standard vorhanden sein, an dem man sich orientiert, und das kann nur der Forschungsstand sein. Das zweite – fünf Jahre nach der Vereinigung ist ein sehr sehr langer Zeitraum. Da finde ich, ist nicht mehr die Habilitation von 1976 oder 1984 zu prüfen, sondern es ist zu fragen, was in dem Zeitraum nach 1989 denn wirklich nun effektiv erschienen, was danach wirklich produziert worden ist. Ich glaube, diese zwei Dinge zusammen, wobei man gewisse Zwänge noch einkalkulieren kann, die vor 1989 bestanden haben, geben doch ein objektives Bild, ob man jemanden fördert oder nicht fördert.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Ritter, das Alphabet gibt Ihnen die unvergleichliche Gelegenheit zu einer schlußwortartigen Äußerung.

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter: Das ist schwierig angesichts der vielen Fragen. Zunächst zu Herrn Jacobsen: Wie kann man das überhaupt überprüfen? Ich glaube schon, daß das möglich ist. Wir haben einmal die Professoren aus der DDR, die sich um Professorenstellen beworben haben. Sie werden aufgrund ihrer vorgelegten Publikationen beurteilt, und sie müssen sich meines Erachtens dem Wettbewerb stellen, und nur in Ausnahmefällen kann man gewisse Abstriche machen, die dann gut zu begründen sind.

Das ist der eine Fall. Wir haben 20 Listen bei uns in der Geschichte verabschiedet, auf denen 66 Leute stehen. Jeder von ihnen ist genauso intensiv beurteilt worden wie auf einer westdeutschen Liste aufgrund des gesamten Oeuvres. Die anderen sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Da sieht die Situation anders aus, weil sie oft nicht veröffentlichen durften bzw. nur „dummes Zeug“ in einer Publikation, die einen offiziellen Charakter hatte, während ihre wirklich wissenschaftlichen Arbeiten unveröffentlicht blieben. Da führt kein Weg vorbei, diese Dinge zu lesen. Wenn sie zu den Verfassern der 3.000 und mehr Arbeiten gehören, die verschwunden sind, dann sind wir davon ausgegangen, daß sie zumindest persönlich ein Exemplar haben, und dann

haben wir sie aufgefordert, uns das zu geben. Wenn sie das nicht konnten, dann haben wir daraus gewisse Schlußfolgerungen gezogen, die Sie sich denken können; jedenfalls konnten wir nicht auf der Grundlage von etwas urteilen, das uns nicht zugänglich war. Das andere mußte geprüft werden. Daß das möglich war – ich habe das nicht erwähnt –, lag daran, daß neben den Mitgliedern der Kommission neun oder zehn Experten für einzelne Bereiche mitwirkten. Ich war erstaunt, wie gut das funktioniert hat. Ich darf auch mal, nachdem vieles Umgekehrte sicher zu Recht gesagt wurde, feststellen, daß ich neun oder zehn Leute angesprochen und neun oder zehn Zusagen, nicht eine Absage, bekommen habe von den führenden Leuten des Faches, die sich zur Verfügung gestellt haben für Osteuropäische Geschichte, Alte Geschichte, Frühe Neuzeit, Sozialgeschichte, Ur- und Frühgeschichte, Volkskunde usw.. Sie konnten natürlich bei uns in der kleinen Kommission nicht offiziell vertreten sein, aber ohne sie wäre es nicht gegangen. Sie hatten kein Stimmrecht, aber natürlich war ihr Urteil für uns von großem Gewicht.

Jetzt zu Herrn Poppe: Da gibt es einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen dem naturwissenschaftlichen und dem geisteswissenschaftlichen Bereich; ich nehme an, die Sozialwissenschaften werden etwa in der Mitte, aber doch eher in der Nähe des geisteswissenschaftlichen Bereichs liegen. Meine beiden Söhne sind in der Wissenschaft als Naturwissenschaftler tätig. Die Praxis der fünf, sechs oder sieben Namen unter einer Veröffentlichung – das ist bei uns in den Geisteswissenschaften nicht usus, sondern das schreibt normalerweise einer. Ich sagte ja, wie wir vorgegangen sind: Fälle, daß jemand sich sozusagen spiegeln kann mit einer Sache, an der er nichts getan hat, sind, glaube ich, nicht vorgekommen. Wenn Sie unsere Berufungslisten ansehen, auf die meines Erachtens viel zu wenig aus dem Osten gekommen sind, dann sind darauf sicher keine Leute, die die Arbeiten, für die sie auf die Liste kamen, nicht selbst geschrieben haben. Das kann ich mit Sicherheit in jedem einzelnen Fall sagen; das ist einfach eine andere Wissenschaftskultur, die hier dahintersteht, die auch ganz anders angelegt ist.

Den umgekehrten Fall, daß jemandem nicht genügend Chancen zur Rehabilitation gegeben worden ist, würde ich Ihnen absolut zugeben. Leute, die aus was für Gründen auch immer in den sechziger Jahren ausgeschieden sind, dann in der „Produktion“ tätig waren und 25 oder 30 Jahre nicht mehr wissenschaftlich gearbeitet haben – ja, das tut mir leid, Herr Neidhardt hat das gesagt, in den wenigsten Fällen können Sie die noch in eine Professur oder so etwas berufen, in den Naturwissenschaften erst recht nicht und in den Geisteswissenschaften auch nicht. Das sind Fälle, wo Lebensentwürfe abgebrochen worden sind ohne Verschulden der Betroffenen. Ich glaube nur nicht, daß Sie das über die Struktur- und Berufungskommissionen korrigieren können. Benachteiligungen, die kurz zurückliegen, oder Fälle, wo Leute in die Ecke gedrängt, aber trotzdem wissenschaftlich tätig geworden sind, auszugleichen, das ist denkbar. Ich habe sehr deutlich gemacht, daß da Widerstände auf uns zu gekommen sind, und zwar passive und aktive, vor allem massive passive Widerstände mit der Ar-

gumentation, es wird eh generell abgebaut, jeder, der von außen kommt, nimmt uns etwas weg, die westlichen Professoren können wir nicht ganz verhindern; wenigstens eine sozusagen instinktive Blockade für jeden aus dem Osten, der nicht zur Universität gehörte, gab es.

Wir fingen an mit einer generellen Ausschreibung, als noch die Abwicklung lief, von Assistenten- und Mitarbeiterstellen. Drei Viertel der Meldungen kamen von der Akademie. Das Gesamtergebnis haben wir uns genau angesehen, als wir noch von ganz anderen Voraussetzungen ausgingen, und was dann am Schluß an Übernahmen möglich war, das war viel viel weniger. Ich will und kann das jetzt nicht beurteilen, aber man muß jeden Einzelfall ansehen. Man muß jeden Einzelfall ansehen, und für die wirklich guten muß ein Weg gefunden werden. Wir können es uns in Deutschland doch nicht leisten, den künftigen Einstein sozusagen wegzuschicken, da muß Geld da sein. Ich habe ja bewußt an die Entstehung der Humboldt-Universität erinnert. Wann hatte denn jemals Preußen weniger Geld als zu der damaligen Zeit? Und damals haben sie die Friedrich-Wilhelms-Universität gegründet und nicht, als sie viel Geld hatten. Wir reden immer davon, daß wir Probleme haben mit unserer Wirtschaft und daß die Forschung entscheidend ist, und wenn es dann darauf ankommt, daß Geld gebraucht wird, dann haben wir das nicht. Da muß das Geld eben da sein, natürlich nach Leistungskriterien. Einiges kann inzwischen in den letzten Jahren geleistet worden sein, daß muß man sehr genau prüfen; inzwischen haben wir nicht mehr 1990 oder 1991, sondern 1996. Ich möchte auch mit aller Klarheit sagen, daß man in puncto Habilitation hätte mehr tun können, daß das nicht nur eine Frage der betroffenen WIP-Leute ist, sondern auch der Professoren, die sich offenbar nicht genügend um Habilitanden gekümmert haben.

Jetzt komme ich zum Schlußwort. Ich glaube, daß wir uns bei dieser Evaluierung auch fragen müssen – Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit? Das ist nicht völlig gerecht. Aber wo sind unsere ersten Adressaten? Ich sage das jetzt sehr betont: Die ersten Adressaten an den Universitäten sind die Studenten. Das war für mich zentral, das mußte weitergehen am 1.10.1991, das war ja die Ausgangsposition. Der zweite Adressat war der wissenschaftliche Nachwuchs, dem man eine Chance geben mußte, mit Auslandsaufenthalten und allem, was man nur kann. Natürlich konnten sie nicht auf der gleichen Ebene mit Westdeutschen konkurrieren, auch wenn sie noch so intelligent waren, sie hatten schlechtere Ausgangspositionen. Und so leid mir das tut – erst die dritte Gruppe sind die früheren Professoren gewesen, freilich so gerecht wie möglich zu behandeln mit Vorruhestand und tausend Dingen, wenn sie sich anständig verhalten haben, aber meines Erachtens ist das die Reihenfolge. Was sollen denn die Studenten machen? Können die sich, wenn sie in die Wirtschaft gehen oder in die Forschung, herausreden – mein Professor ist ein netter Mann gewesen, er hat auch niemanden von uns schlecht behandelt, aber beibringen konnte er uns nichts mehr, er hatte keine Ideen mehr usw.? Da soll man eine sozial verträgliche Lösung finden, natürlich, soweit man das irgend kann. Aber die

Studenten kommen an erster Stelle, dann kommt der wissenschaftliche Nachsuchs und dann erst die Professoren. (starker Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Da sind ja tatsächlich noch einmal Prioritäten genannt worden, mit denen es vielleicht auch möglich ist, dieses sehr vielfarbige Bild, das hier unter Mitwirkung unserer eingeladenen Gäste entworfen wurde, ein Stück zu durchschauen. Herzlichen Dank an alle, die hier mitdiskutiert haben.

Pause von 16.02 bis 16.18 Uhr

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, leider können wir der Anregung von Herrn Professor Jacobsen, die jetzt beginnende Phase auf morgen zu verschieben, nicht folgen, diese Zeit ist uns nicht gegeben. Wir müssen also sehen, daß wir das uns aufgegebene Kapitel „Die Folgen der Indoktrination an den Schulen der DDR“ jetzt behandeln. Ich freue mich, daß Herr Dr. Bernd-Reiner Fischer sich bereit erklärt hat, uns die Einführung zu geben. Herr Fischer war Lehrer für Mathematik und Physik in Berlin-Friedrichshagen von 1980 bis 1985 und ist erst dann in die wissenschaftliche Laufbahn gegangen. Ich will nur das Ergebnis seiner bisherigen wissenschaftlichen Karriere mitteilen: Er ist seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Empirische Bildungsforschung und Methodenlehre am Institut für Allgemeine Pädagogik der Philosophischen Fakultät IV der Humboldt-Universität zu Berlin. Ich hoffe, Herr Dr. Fischer, daß Sie uns jetzt so in Spannung versetzen, daß wir dann noch eine sehr interessante Podiumsdiskussion folgen lassen können. Bitteschön.

Dr. Bernd-Reiner Fischer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einer forschungsmethodischen Bemerkung.

Meine erste These lautet: Es ist schlechterdings unmöglich, zu empirisch gesichertem Wissen über kausale Zusammenhänge zwischen der früheren schulischen – ich betone ausdrücklich: spezifisch schulischen – Indoktrination und aktuellen sozialen, politischen, psychischen und pädagogischen Phänomenen in den neuen Bundesländern zu gelangen. Wir können nicht sicher wissen, was die Indoktrination, die an diesen Schulen geschah, heute noch bewirkt. Wir können auch nicht sicher wissen, welche aktuellen Phänomene, sofern sie als Indoktrinationsfolgen interpretierbar sind, von spezifisch schulischer Indoktrination herrühren. Wollten wir es aber, müßten wir experimentieren und einige, sicherlich kleinere, DDRen gründen, dort einiges variieren, beispielsweise in einer dieser Versuchs-DDRen nichtindoktrinierende Schulen aufbauen. Wir müßten eine Reihe von Vereinigungen – die Frage wäre dann, mit wem – veranstalten usw.. Ich schlage vor, auf dieses Wissen zu verzichten, vielmehr sämtliche sozialen Orte, an denen Indoktrination stattfand bzw. möglich war, in den Blick zu nehmen, das angekündigte Thema zu ändern und zu fragen: Welche Folgen hat die Indoktrination, die auch in den Schulen der DDR stattfand, heute noch, insbesondere an den Schulen der neuen Bundesländer?